

Der Volksstaat

Abonnementspreis:
Für Preußen incl. Stempelsteuer 21 1/2 Sgr., für die übrigen Deutschen Staaten 16 Sgr. pro Quartal.
Monats-Abonnements werden bei allen Deutschen Postanstalten auf den 1ten u. 3ten Monat und auf den 3ten Monat besonders angenommen, im Kgr. Sachsen u. Erzst. Sachl.-Altenburg auch auf den 1ten Monat à 5 1/2 Sgr. angenommen.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Bestellungen nehmen an alle Postanstalten u. Buchhandlungen des In- u. Auslandes.
Filial-Expeditionen für die Vereinigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Wm. Lueders,
409 Maystr. Chicago, Ill.
Peter Haß,
S. W. Corner Third and Coates str. Philadelphia.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Sgr., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 2 Sgr. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 50. Freitag, 1. Mai. 1874.

Abonnements auf den „Volksstaat“

für die Monate Mai und Juni zu 10 2/3 Sgr. werden bei allen deutschen Postanstalten, für Leipzig pro Monat zu 6 Ngr. bei der Expedition, Zeitungsstr. 44, und bei Colp. Müller, für die Umgegend von Leipzig bei den Filial-Expeditionen: für **Solkmar** bei Frau Hohe, Plagwitz, Hohenstraße 26, für **Sonnitz** bei Teubert, Bornaische Straße 19, für **Kleinöschers** und Umgegend bei Fleischer, Nr. 87 daselbst, für **Thonberg** bei Horn, Hauptstr. Nr. 95, für **Stötteritz** bei Gust. Voigt, Schulweg 2, für **Gohlis** bei D. Peulert, Hauptstr. 19.
Für Berlin wird auf den „Volksstaat“ monatlich für 8 Sgr. frei in's Haus abonniert, bei Trautmann, Engelstraße 6b, 4 Tr.; Gorges, Weberstr. 32; Rubenow, Brunnenstr. 34 im Laden; Meyner, Elisabethstr. 1; Vogel, Prinzenstr. 61.

Der Abonnementsbetrag ist bei Bestellung zu entrichten. Bei Nachbestellung ist an die Post 1 Sgr. Bestellgebühr außer dem Abonnementsbetrag zu entrichten.
An die Abonnenten in Sachsen.
Bei Erweiterung der Annahme des Abonnements für Mai Seiner Postexpedition, wollen sich die Betreffenden auf das Circular vom 16. März 1872 Nr. IV 2463 A berufen, wonach Monatsabonnements auf den „Volksstaat“ im Königreich Sachsen und Herzogthum Sachsen-Altenburg zulässig sind.

Die Expedition des „Volksstaat“.

Rede des Abgeordneten Julius Motteler über das Militärgesetz in der Reichstags-Sitzung vom 20. April.

(Schluß.)

Aber in Nr. 3 heißt es ferner: es soll der nächstälteste Vater eines vor dem Feinde gebliebenen, oder an den erhaltenen Wunden gestorbenen, oder in Folge derselben erwerbsunfähig gewordenen oder im Kriege an Krankheit gestorbenen Soldaten, sofern durch die Zurückstellung den Angehörigen des letzteren eine wesentliche Erleichterung gewährt werden kann, zurückgestellt werden können.
Meine Herren, diese Wohlthat kann alle Klassen betreffen, und ich hätte im Interesse aller Klassen gewünscht, daß auch hier das umfassende Recht der Freieinigung geübt werde. Es ist genügend, wenn aus einer Familie ein Bruder auf dem Schlachtfelde geblieben oder in Folge seiner Wunden im Dienste des Vaterlandes anlegen ist. Es ist dann der Beweis geliefert, daß die betreffende Familie ihre staatsbürgerlichen Pflichten durch den Tod eines ihrer Mitglieder ganz entsprechend geleistet hat.
Nun, meine Herren, heißt es in Nr. 4, daß Militärschlichte, welchen der Besitz oder die Pachtung von Grundstücken durch Erbschaft oder Vermächtniß zugefallen, sofern ihr Lebensunterhalt auf deren Bewirtschaftung angewiesen und die wirtschaftliche Erhaltung des Besitzes oder der Pachtung auf andere Weise nicht zu ermöglichen ist, auf ein bis zwei Jahre zurückgestellt werden können. Hier haben Sie wiederum die Berücksichtigung des Besitzes und der nächste Absatz des § 20 b weist auf das schlagendste die Richtigkeit unserer Behauptung. Er lautet:

Inhaber von Fabriken und anderen gewerblichen Etablissements, in welchen mehrere Arbeiter beschäftigt sind, sofern der Betrieb ihnen erst innerhalb des dem Dienstpflichtjahre vorangehenden Jahres durch Erbschaft oder Vermächtniß zugefallen, und deren wirtschaftliche Erhaltung auf andere Weise nicht möglich ist, können auf ein bis zwei Jahre zurückgestellt werden u. c. Und, meine Herren, nun kommt noch dazu der Zusatz:
Auf Inhaber von Handelshäusern entsprechenden Umfangs findet diese Vorschrift sinngemäße Anwendung.
Meine Herren, auf ein Moment muß ich vorübergehend hinweisen, welches in diesem Passus enthalten und zu charakteristisch ist, um verschwiegen werden zu können. Es heißt: „Fabriken, in welchen mehrere Arbeiter beschäftigt sind.“ Wohl, meine Herren, man liebt es, bei solchen Gelegenheiten hervorzuheben, daß die Wohlthat, die man den betreffenden Besitzenden erweist, zugleich auch eine Wohlthat für die Arbeiter sei. Wenn, meine Herren, aber in Folge von verheerenden Krisen und Geschäftsstörungen unsere Mannschaften hungern auf die Landstraße geworfen werden, und wenn in Folge der Einberufung eines einzelnen Fabrikherrn hunderte von Arbeitern in die Lage kommen, sich nach anderer Arbeit umsehen zu müssen, dann ist den Arbeitern in dem einen, wie in dem anderen Falle, gegenüber den Arbeitsgebern, unter den heutigen Verhältnissen durchaus keine schwierige Aufgabe aufgegeben, da der Arbeiter sich ja stets von einer Klippe der Entehrung hinüberzuschwingen suchen muß zur andern, und ich möchte doch Bewahrung dagegen einlegen, daß man bei solchen Gelegenheiten immer und immer wieder das Wohlthätigkeitsprinzip den Arbeitern gegenüber herauszulehren sucht. Meine Herren, so lange nicht erwiesen ist, daß der Fabrikant im Interesse seiner Ar-

beiter seine Fabrik baut, so lange vielmehr erwiesen ist, daß er speziell nur aus seinem unmittelbaren und in erster Linie stehenden Interesse es thut, ist es eine Wohlthat, die Sie dem Fabrikanten mit der Zurückstellung erweisen, also speziell einem Mitgliede der bestehenden Klasse. —

Ich habe nun noch auf den Paragraphen hinzuweisen, der dem Militär das Wahlrecht vorenthält und zu dem schon ein Angehöriger der sozialdemokratischen Partei gesprochen hat, derselbe hat aber Einiges nicht hervorgehoben, was ich hervorheben möchte. Man legt ein besonderes Gewicht darauf, daß das Militär von den politischen Bewegungen vollständig fern bleibe. Meine Herren, in welchem Zusammenhang steht dies mit den Pflichten dessen, der als Staatsbürger den Waffendienst trägt? Man sagt uns, und mir direkt unter Anderen ist es gesagt worden, als ich die Uniform bekam: Sie treten jetzt in den erhabenen Kriegerstand, Sie sind kein gewöhnlicher Staatsbürger mehr. Ich habe mir, auf Posten stehend, das sehr eifrig überlegt und bin zu dem Facit gekommen, nachdem ich noch hier Gelegenheit hatte, zu sehen, daß das Militär nicht wahlberechtigt sein solle, mir meinen eigenen Begriff darüber zu bilden. Wir sind der hohe und erhabene Kriegerstand, wenn wir den Waffendienst tragen; wenn wir aber die Staatsbürgerrechte ausüben wollen, dann wird uns gesagt: das wird schon durch andere Leute, möglicherweise besser, besorgt.

Nun, meine Herren, der Soldat soll keinen Willen haben als Staatsbürger, er soll nur blind gehorchen als Soldat. Wovon, meine Herren, nimmt denn aber der Soldat seine Begeisterung im entscheidenden Momente? Ist es nicht für den Soldaten von höchster Wichtigkeit, daß er weiß, wofür er sich schlägt? Ist es nicht für ihn nicht von der höchsten Bedeutung, daß er seine Stimme mit in die Waagschale zu legen hat, wenn hier beschlossen wird, ob er eine kürzere oder längere Dienstzeit, ob er einen höheren oder niedrigeren Sold haben soll? (Heiterkeit.)

Meine Herren, es mag Sie das heiter anregen, indes, wenn auch eine derartige Beschlußfassung eine indirekte ist, wenn also der Soldat als Wähler hier auch nicht selbst beschließt, so wählt er doch seinen Abgeordneten, der seine Meinung in die Waagschale legt. Das Wahlrecht ist für das Militär eines der notwendigsten und heilsamsten Rechte, und es wundert mich, daß von Seite der liberalen Parteien nichts geschehen ist, um dieses Wahlrecht energisch zu reklamieren.

Meine Herren, ich unterlasse es, mich auf weitere Einzelheiten des Gesetzes einzulassen, (eine Stimme in der Nähe des Redners: sehr gut!) und komme bloß noch — ohne mir auf den Beifall, der mir eben geworden, Besondere zu gut thun zu wollen — auf ein Citat von Lassalle zu sprechen, was unsere heutigen Verhältnisse recht schlagend kennzeichnet. Weßhalb habe ich gesagt: es ist von liberaler Seite nichts geschehen, um eine bestimmte volkshäufige Institution herbeizuführen, warum ist von dieser Seite nichts geschehen, um an Stelle des siebenjährigen Kompromisses eine entsprechende Erleichterung zu schaffen? Aus dem einfachen Grunde, weil heute noch das Wort Lassalle gilt, daß es eine philosophische Thatsache sei, daß jeder Stand das Prinzip, auf dem er beruht, zum Prinzip aller gesellschaftlichen Einrichtungen macht, ihnen das ausschließliche Gepräge seines besonderen Prinzips aufdrückt. Meine Herren, ich bin demzufolge gar nicht überrascht, daß man um der Erhaltung der bürgerlichen Gesellschaft willen, um die Worte des Herrn Abgeordneten Bennigsen kurz zu fassen, andrückt: gut, wir nehmen uns das Militär, die Säbel, — und die Uebrigen, die anderer Meinung sind, die mögen sich das Uebrige nehmen; — ich wiederhole, ich wundere mich nicht, daß das ausgesprochen wird.

Der Herr Abgeordnete Graf von Nolte hat unter Anderem ferner gesagt: er meine, daß Jeder, und sei es auch das geringste, für den Staat steuern müsse, und wäre es auch nur, daß er nicht ganz vergißt, daß es einen Staat giebt, der für ihn sorgt, ihn schützt, und, daß er ihn wiederum zu schützen berufen ist. Mit tausend Freuden würden unsere Mannschaften zur Waffe greifen, wenn der Satz des Herrn Abgeordneten volle und ganze Wahrheit wäre, indes, wie wir die Verhältnisse betrachten, so finden wir, daß das möglicherweise auf einer irrigen Auffassung oder einer Täuschung, einer falschen Anschauung der Verhältnisse beruht. Wir machen daher auch dem Herrn Abgeordneten keinen Vorhalt. Ich habe vorhin bereits gesagt, daß Jeder von dem Gesichtspunkte ausgehend urtheile, den er einnimmt. Meine Herren, damit aber das Interesse im Staate wachse, muß man in den Staatsbürgern auch ein Interesse am Staat erwecken, aber mit Kosten, wie sie dieses Gesetz auf einmal neu den Staatsangehörigen auferlegt, werden Sie das Interesse nicht nur nicht, sondern schwächen es ganz bedenklich ab. Die bürgerliche Gesellschaft wird demzufolge mit oder ohne militärische Protection ihrer unausweichbaren Auflösung entgegengetrieben. Sie ist bereits in der Auflösung begriffen, wie der Herr Abgeordnete Dr. Jörg, ich wiederhole es, sehr richtig hervorgehoben hat. Nun giebt es aber Leute, die noch immer glauben, wir opponirten, nicht weil wir von wirtschaftlichen Grundfragen aus dazu gedrängt werden, wir opponirten nur, weil wir ohne bestimmte Gründe unzufrieden seien, wir opponirten als Leute, die sich der Arbeiterbewegung bloß aufgedrängt haben, ohne zu der Klasse der Arbeiter zu gehören, wir opponirten nur aus politischen Gründen. Es giebt Leute, sagt Herr von Bennigsen, die mit den Ereignissen von 1866 nicht zufrieden sind. Meine Herren, Niemand ist mit diesen Ereignissen zufriedener als wir. Wir sind den Gewaltthaten des Reiches recht dankbar, daß sie jedem Denkenden die Unantastbarkeit des Gottesgnadenthums als Illusion dargestellt haben. (Hört, hört!) Die Ereignisse von 1866 könnte man als eine Revolution von

oben herunter bezeichnen. Wir haben immer gesagt, daß die monarchische Institution auf sonderbaren Voraussetzungen beruht, und ganz besonders der Schein des Gottesgnadenthums war es, der diese Institution hochgehalten hat. Im Jahre 1866 ist ihr ein Stoß ins Herz von der vollen Fronte aus versetzt worden, aus dem erhellt, und aus dem Jeder nur einigermaßen Denkfähige folgern kann, daß es doch seine Bedenken und Faken bei der Gelegenheit hat. Daß im Jahre 1866 die Einigung des deutschen Vaterlandes begonnen haben sollte, um deretwillen heute die Einigung unter den Waffen mit einem so großartigen Schlusstein zu Ende geführt werden soll, das bestreiten wir. Denn, meine Herren, bis zum Jahre 1866 hat sich in Deutschland genügend gezeigt, daß die freiheitliche Einigung beim Volke Bedürfnis war und es ist eine große Zahl von Zeugen an meiner Seite, die den Kampf der Einigung viel früher geführt haben und gegen die Regierung geführt haben, die im Jahre 1866 weiter nichts gethan hat, als daß sie mit gewaltigem Schwertthieb die gefährdete Junge der Opposition in Stücke schlug. Und, meine Herren, die deutschen Stämme sind nie uneinig gewesen, wie diejenigen, die sich als die Repräsentanten der Völker und der Stämme dünken. Diese Repräsentanten sind uneinig gewesen, sie haben ein Interesse daran gehabt, uneinig zu sein und die Stämme nicht einig werden zu lassen, und wenn wir unsere heutigen politischen und gesellschaftlichen Zustände im großen Ganzen betrachten, so möchte man entsetzt ausrufen: es sind in der That die Diener zu Herren und die Herren sind zu Dienern geworden!

So lagen die Dinge im Jahre 1866, und so liegen sie noch heute und das Werk der Einigung von 1866, auf Blut gegründet, kann noch immer nur mit Eisen und Blut, leider, sage ich, mit Eisen und Blut, zusammengehalten werden. Wir wissen, meine Herren, daß die heutige Staatskunst es nöthig hat, ihre Systeme damit zu erhalten, daß sie sich auf das Volk stützt, die Völker aber haben die Veranlassung, Frieden unter einander zu halten, im Wettstreit der Rünste, im Wettstreit der Arbeit sich gegenseitig zu begegnen, und von diesem Stande und Gesichtspunkte aus arbeitet die sozialdemokratische Arbeiterpartei auf ein Ziel allerdinge weit entgegenstehendes Ziel zu. Wir erstreben die vollkommene Abschaffung der stehenden Heere und die Volksbewaffnung im Arbeitsstaat. — Die Bewaffnung eines denkenden, selbstbewußten Volkes bringt keine Gefahr mit sich, nur blind Gehorchende sind unter Umständen gefährlich. Wir haben es gesehen, wie weit die Staaten es gebracht haben, wie Spanien, wofür eine Militärrevolution die andere schlägt. Und, meine Herren, wir wollen nicht wünschen, daß es auch bei uns einst so komme, aber, wenn Sie in Ihrer blühenden Politik zu Ende gelangen, wenn die sogenannte nationale Politik siegt, welche eine Nation gegen die andere bewaffnet, welche als verführerisch zum Kriege zu bezeichnen ist, dann, meine Herren, haben wir weder einen nationalen, noch einen religiösen Kulturkampf, keine Sozialisten- oder Demagogengehe mehr, wir haben dann einfach einen Racenkrieg zu gewärtigen, und zwar einen sehr gewaltigen, und wie sich in diesem Racenkampf die Parteien stellen, das lehrt die Statistik, indem sie nachweist, daß 87 Millionen den germanischen Rassen Angehörige 81 Millionen der romanischen und 81 Millionen den europäischen asiatischen Rassen Angehörigen gegenüberstehen, und daß die romanischen Stämme, worunter der angeblich deutsche Erbfeind, keine besonderen Sympathien für die Germanen hegen, daß daher im Falle einer Koalition weit eher der stärkere Theil aus jener Seite ist, liegt zu Tage, und für diesen Fall würden Sie alle kampf-fähigen Germanen unter Waffen zu stellen haben, um den Völkern Sturm abzuwehren. Ich erinnere einfach hier an das Wort des Abgeordneten Liebknecht, der seiner Zeit ausrief: wir haben in Europa Niemand weiter zu Feinden, als die wahren Gegner der Kultur, als den zweiföpfigen Adler im Osten, der lästern den einen seiner Köpfe nach dem civilisirten Südwesten herüberkehrt, und wir haben gegen diesen nur gerüstet zu sein, und das sind Sie nur im Stande durch die Volksbewaffnung, nicht durch einen Präsenzstand von 400,000, nicht durch 1 1/2 Millionen gedrückter Soldaten und Landwehren u. c. Um die Angriffe der Ankultur aufzuhalten, müssen Sie die Civilisation bewaffnen, und — es versteht sich von selbst — deshalb Institutionen schaffen, durch welche diejenigen, welche die Waffen tragen, auch wissen, wozu sie dieselben zu tragen haben, daß endlich dem Systeme der europäischen Konspirationen, das von den herrschenden Politikern in deren Staaten ständig gepflegt wird, ein Ende gesetzt werde. Meine Herren, die Diplomatie muß auf einem anderen Wege eine entsprechende Ablösung finden!

Und wenn Sie bei Annahme des Compromisses dem Volke kaiserergewaltig zurufen: „Salvo Caesar, morituri salutant“ — das Volk erwidert, und zunächst die sozialdemokratische Arbeiterpartei ruft dem Volke zu, nach wie vor im Dienste des Volkes, im Dienste der Kultur, mit dem alten Motto im deutschen Lande — denn wir sind Deutsche nach Sprache, Sitten und Gebräuchen, soweit die Hungerbataillone im Reiche zu zählen sind, wir würden sonst nicht auf unseren Stationen aushalten und pure aus Liebe zum deutschen Vaterlande den deutschen Druck der deutschen Entbehrungen, Lasten und Klassenherrschaft in Deutschland auszuhalten suchen, ohne zu wissen, wann endlich der Drang der unnatürlichen Verhältnisse in Deutschland eine Besserung diktiren könnte, — meine Herren, ich sage, wir rufen dem Volke zu, das Volk ruft uns zu das alte deutsche Sprichwort: „Willst dein Haus du halten rein, so laß weder Pfaffen noch Landknecht herein.“ (Heiterkeit.) Diesen Standpunkt hatten und haben wir gegenüber dieser Gesetzesvorlage während der ersten, zweiten und dritten Lesung mit aller Energie zu wahren.

Dazu sprach der Abg. Dernburg: Erlauben Sie mir, meine Herren, nur noch gegenüber dem Borredner Herrn Notteler eine Bemerkung. Ich glaube, daß er einen Anspruch hat auf die Anerkennung, daß er es zuerst, glaube ich, von seinen Freunden versucht hat, in dem Tone einer ruhigen Diskussion mit uns zu sprechen, und wenn es auch ihm nicht durchgängig gelungen ist, diesen Ton festzuhalten, so sind wir doch schon darüber erfreut, daß er überhaupt zum ersten Male in diesem Saale angefochten worden ist. Freilich glaube ich, dasjenige, was der Herr Borredner in diesem Militärgesetz getadelt hat, hätte er besser bei den einzelnen Bestimmungen angebracht, die er zum Gegenstande seiner Bemerkungen gemacht hat, und ich glaube sagen zu können, wenn er zu dem § 20, bei dem er Marsches aussetzen gehabt hat, seine Bemerkungen in der Spezialdiskussion vorgebracht hätte, so hätten wir vielleicht in der zweiten Lesung Veranlassung gehabt, näher auf diese Gegenstände einzugehen.

Zur Aufgabe unserer Vertreter im Reichstage

Schreibt unser Münchener College, der „Zeitgeist“ in seiner Nummer vom 23. April (Nr. 91):

„Die letzte Sonntagsnummer des „Volkstaat“ bringt an ihrer Spitze einen Artikel mit der Ueberschrift: „Bei Faß Gewehr!“, welcher die Thätigkeit oder eigentlich die Unthätigkeit der Reichstagsabgeordneten der sozialdemokratischen Arbeiterpartei im Reichstage erklären soll.

Wir wollen an dieser Stelle auf die Untersuchung verzichten, ob die in dem Artikel gegebene Begründung der Taktik unserer Abgeordneten, soweit sie von derjenigen der Vertreter des Allgemeinen Arbeitervereins abweicht, als gelungen zu bezeichnen ist; aber einen kurzen Hinweis auf unsere Anschauung von den Pflichten eines sozialdemokratischen Abgeordneten im deutschen Reichstage dürfen wir uns nicht versagen.

Wir knüpfen dabei an einen Satz des beregten Volksstaatsartikels an, der uns sehr unklar und sehr erklärungsbedürftig erscheint. Er heißt: „Hieraus erhebt nun unzweifelhaft, daß unsere Abgeordneten im Reichstage angewiesen sind, eine vorwiegend abwehrende Stellung einzunehmen und nur dann positiv einzugreifen, wenn die Bürgerchaften ganzer Maßregeln zur Abhilfe in der Gesetzgebung gegeben sind.“

Was heißt hier „abwehrende Stellung“ und was „positiv eingreifen“?

Die sozialdemokratischen Abgeordneten sind von dem politischen Theile ihrer Wählerschaft weder zum positiven Eingreifen in die Gesetzgebung noch zum Abwehren volksfeindlicher Maßregeln in den Reichstag gesendet worden. Man hat ihnen nirgend diese Aufgabe gestellt, weil man deren Unausführbarkeit mit untrüglicher Klarheit erkannt hatte.

Die abwehrende Stellung ist gerade so falsch und kaum weniger tömisch als die angreifende, welche die Abgeordneten aus den Reihen des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins aus Uebereifer eingenommen haben.

Die sozialistischen Reichstagsmitglieder überhaupt würden dann ihre Aufgabe erfüllen, wenn sie nichts thäten, als die nebelhafte Gesetzmacherei unserer Tage mit der Laterne ihrer eigenen politischen und wirtschaftlichen Erkenntnis in schärfstes Licht zu setzen. Sie sollen den Weichleitzopf der absolutistisch-militaristisch-parlamentarisch-pietistischen Regiererei im einzigen Deutschland mit dem schneidigen Messer der sozialistischen Weltanschauung vor den Augen des Volkes in seine Bestandtheile zerlegen.

Solche Thätigkeit müßte, gelübt mit dem nöthigen Geschick, von ungeheurer agitatorischer Tragweite für den Sozialismus und von vernichtender Wirkung für dessen Feinde sein. Das wissen die Feinde und danach haben sie ihre Taktik im Reichstage eingerichtet.

Wenn sich unsere Abgeordneten nun wirklich mundtot machen lassen, so ist das der willkommene Triumph für die liberale Majorität, für die ganze Bourgeoisie. Das darf aber unter keinen Umständen geschehen und dazu ist auch nicht der mindeste Grund vorhanden.

Wenn man im Reichstage bei wichtigen Fragen unseren Leuten das Wort nicht gibt, so mögen sie ihre „ungehaltenen“ Reden der Parteipresse zur Verbreitung überlassen; solche zwangweise verschwiegene Parlamentsreden werden, falls sie den Nagel auf den Kopf treffen, mindestens ebenso mächtig auf das Herz des Proletariats wirken, als diejenigen, welche innerhalb der Mauern des Parlaments gesprochen und doch nur von den Parteiblättern in unverfälschter Beschaffenheit wiedergegeben wurden.“

So weit der „Zeitgeist“. Unzweifelhaft Recht hat derselbe, wenn er sagt, daß weder eine angreifende noch eine abwehrende Stellung unserer Vertreter im Reichstage den Prinzipien und Interessen der sozialdemokratischen Partei entspreche. Man greift nur an, wenn man Aussicht hat, den Feind zu schädigen; aber nicht, wenn der Angriff, wie im vorliegenden Fall, bloß den Angreifer schädigen kann. Unsere Partei ist eine Minoritätspartei — die Zahl der Reichstagsmitglieder, die wir erobert haben, ist allerdings eine weit geringere, als uns nach der Zahl unserer Wähler von Reichstagsmitgliedern zukommt, allein auch die Zahl unserer Wähler bildet der Wählerzahl der uns feindlichen Parteien gegenüber entschieden eine Minorität. Unsere Feinde haben sämtliche Machtmittel des Staats und der bürgerlichen Gesellschaft in Händen, und sind entschlossen, sie rücksichtslos gegen uns zu gebrauchen. Kann auch die Sozialdemokratie nicht gewaltsam vernichtet werden, so wäre es doch tödlich, durch provolatorisches Auftreten dem Feind erwünschten Vorwand und eine scheinbare Berechtigung zu gewaltthätigen Unterdrückungsmaßregeln zu geben. Ebenso unpraktisch ist eine rein abwehrende Stellung; unsere Abgeordneten sind ihrer numerischen Schwäche halber ganz außer Stand, Angriffe der Majorität auf die Rechte des arbeitenden Volks abzuwehren. Ob sie im Reichstage agieren oder nicht, ist für die Gesetzgebung vollkommen gleichgültig. Die Majorität macht die Gesetze. Mit einem Wort: im Reichstage selbst haben die Vertreter der Sozialdemokratie absolut keinen Einfluß. Dies muß festgehalten werden, sollen sie nicht in eine schiefe Stellung geraten. Jeder Versuch des Wirkens im Reichstage, des Mitwirkens bei der Gesetzgebung bedingt mit Nothwendigkeit ein Aufgeben unseres Prinzips, führt uns mit Nothwendigkeit auf die schiefe Ebene des Compromisses und Parlamentarismus, und schließlich in den faulen Sumpf des durch seine giftigen Wassern alles gesunde Leben tödenden Parlamentarismus.

Sollen darum unsere Abgeordneten im Reichstage bloß stumme Zuschauer und Zuhörer sein? Mit Nichten. Nicht im Reichstage können sie wirken, aber aus dem Reichstage; nicht legislativ, aber agitatorisch. Der Reichstag soll ihnen nicht Zweck sein, sondern bloß Mittel, nicht Feld der Thätigkeit, sondern ein erhöhtes Podium, um zu dem „Volk draußen“ zu reden, und es aus dem Mittelpunkt der Klassenherrschaft heraus aufzuklären über das wahre Wesen der Klassenherrschaft.

Dies ist jedoch weit schwieriger, als der „Zeitgeist“ sich vorzustellen scheint. Wenn, wie er sagt — und es ist richtig — die Feinde ihre Taktik darnach eingerichtet haben, sind kritische Reden, die Staat und Gesellschaft mit dem schneidigen Messer der sozialistischen Weltanschauung zerlegen, der Regel nach im Reichstage unmöglich. Mitunter mag eine Ueberrumpfung gelingen, aber darauf ist nicht zu rechnen. Sobald der sozialistische Redner sein „schneidiges Messer“ aus der Tasche zieht, wird das Gebrüll, Verzeihung! die „Heiterkeit“ anfangen; und unter den geübtesten Rednern gibt's Wenige, die einem solchen Sturm reichsständigen — Humors Trotz bieten können, ohne die Geduld zu verlieren. Keinen, der seine Rede dem Entwurf gemäß bis ans Ende zu halten vermöchte, und vereinigte er die Kaltblütigkeit eines Holländers mit der Länge des Stentor.

Der „Zeitgeist“ ist darauf vorbereitet: Wird unseren Abgeordneten das Wort vorenthalten, oder werden sie niedergeschrien, so „mögen sie ihre „ungehaltenen“ Reden der Parteipresse zur Verbreitung überlassen, solche zwangweise verschwiegene Parlamentsreden werden, falls sie den Nagel auf den Kopf treffen, mindestens ebenso mächtig auf das Herz des Proletariats wirken, als diejenigen, welche innerhalb der Mauern des Parlaments gesprochen und doch nur von den Parteiblättern in unverfälschter Beschaffenheit wiedergegeben werden.“ Gut. Aber würde die Wirkung eine geringere sein, wenn die Rede, statt im Reichstage „ungehalten“, an einem anderen Ort, in einer Volksversammlung gehalten worden wäre? Der Reichstagsatmosphäre klebt doch nicht die wunderbare Kraft an, den Werth einer in ihr gesprochenen oder auch nur gedachten Rede zu erhöhen, Salbaderei und Schaumgespräche in demosthenisches Gold zu verwandeln? Der „Zeitgeist“ wird einsehen, daß „das schneidige Messer der sozialistischen Weltanschauung“ den Faden der von ihm gewünschten Reichstagsthätigkeit unserer Vertreter einfach zerschneidet. Zu einem Rathgeber für sozialistisch-kritische Vorträge (gehaltene oder „ungehaltene“) läßt sich der Reichstag nicht machen; und dazu brauchen wir ihn nicht. In kurzen, treffenden Sätzen die herrschende Wirtschaft kennzeichnen, geht's nicht anders, durch Zwischenrufe; die Parteilichkeit des Präsidiums, das unwürdige Benehmen der Majorität bei jeder sich bietenden Gelegenheit an den Planger stellen, — das läßt sich im Reichstage thun, und ist, richtig gethan, von höchstem Nutzen.

Detaillierte Vorschriften wären lächerlich: im Handgemenge mit dem Feind muß Jeder sehen, wie er fertig wird; der Moment ist Rathgeber. Jedenfalls haben unsere Vertreter im Reichstage einen schwierigen Stand, und wir wollen ihn durch Mäkeln ihnen nicht noch erschweren. Daß die Partei großentheils eine gewisse Enttäuschung hinsichtlich des Verlaufs der Reichstagskampagne empfindet, ist eine Thatsache, die sich nicht bestreiten, nicht verschweigen läßt. Aber an dieser Enttäuschung sind die Enttäuschten selbst wesentlich schuld, weil sie die Reichstagsthätigkeit falsch aufgefaßt, ihr eine viel zu große Bedeutung beigelegt hatten; und können wir uns dieser Enttäuschung im Interesse der Partei nur freuen. Wir werden noch Anlaß haben, diesen Punkt näher zu erörtern. Für heute so viel:

Die sozialdemokratische Partei ist eine revolutionäre Partei; läßt sie sich auf den Boden des Parlamentarismus laden, so hört sie auf, eine revolutionäre Partei zu sein, so hört sie überhaupt auf zu sein. Wir betheiligen uns an den Reichstagswahlen und schicken Vertreter in den Reichstag ausschließlich zu agitatorischen Zwecken. Die Stärke unserer Partei liegt im Volk; im Volk unser Wirkungskreis; nur um zum Volk zu reden, müssen wir die Tribüne des Reichstags bestiegen. Entfernen wir uns von dem revolutionären Ursprung und Wesen unserer Partei, verlieren wir nur einen Augenblick die Fühlung mit dem revolutionären Volk, so stehen wir in der Luft und werden, gleich jenem Riesen des Alterthums,*) ohne Gnade erdrückt.

*) Antäus, Sohn der Erde, die ihm, so lange sein Fuß sie berührte, unüberwindliche Kraft einflößte. In einem Kampf mit Herkules ließ er sich von diesem aufheben und wurde in der Luft erdrückt.

Politische Uebersicht.

— Der Helbengreis hat den Reichstag mit einer kurzen „Thronrede“ geschlossen, welche sich sehr befriedigt über die Situation verbreiten konnte. Das Familienoberhaupt der Hohenzollern hat Ursache dazu.

Hätten wir einfach die absolute Monarchie ohne jegliche Volksvertretung, ohne jegliche Verfassung, ohne alle jene werthlosen Institutionen, welche heutzutage den Namen „Volksrechte“ führen, so wäre weniger Grund vorhanden, gegen die herrschenden Zustände Beschwerde zu führen, als heute. Es wäre wenigstens Wahrheit und Klarheit vorhanden; lieber haben wir den nackten Absolutismus „ohne Feigenblatt“ vor uns, als umhüllt von dem blassen Mäntelchen des Constitutionalismus, als versteckt in dem Nebel des „Rechtsstaates“. Denn der Kampf bleibt für uns doch derselbe und niemals könnte es uns einfallen, die „verfassungsmäßigen Rechte“ unserer Agitation zu Grunde zu legen. Diese „verfassungsmäßigen Rechte“, sowie der Constitutionalismus sind Nichts weiter als Heuchelei, und ein Staat, den unsere Bourgeoisie „constitutionell“ nennt, ist Nichts anderes, als ein Nachwort, in dem die Heuchelei zum Staatsprinzip erhoben ist.

Unter den Leistungen dieses „verfassungsmäßigen“ Reichstags sind es hauptsächlich drei, welche die volksfeindlichen Bestrebungen seiner Mehrheit beweisen: das Militärgesetz, welches dem Absolutismus sein „Feigenblatt“ geradezu überflüssig macht, indem es ihm für sieben Jahre eine stets seines Winkes gewärtige Leibgarde gewährleistet; das Kirchendienergesetz, welches die Geistlichen, gleichviel ob sie Staatsbürger oder nicht, der Polizeimilitär überleitet und allen künftigen Ausnahmegesetzen eine goldene Brücke baut; das Preßgesetz, welches durch die vorläufige Constipation und den Zensurzwang der Redacteure die Presse in derselben Bojesfreiheit erhält, in welcher sie sich jetzt schon befindet. Die Resolution, in welcher der Reichstag dem Bundesrath die Verweisung der Preßprozeße vor die Geschworenen empfahl, ändert an der Sache gar nichts. Ein jämmerlicheres Armutzeugniß hätte sich der Reichstag überhaupt nicht ausstellen können, als gerade durch diese Resolution. Was er nicht zu beschließen wagt, „empfehlen“ er zur „geneigtesten Berücksichtigung“.

Mit dem Contraktbruchgesetz, dem Knüttel, der die kümmerliche Coalitionfreiheit todtschlagen soll, sind wir vorläufig verschont geblieben. Man, es wird noch kommen.

Was in dieser ersten kurzen Session vollbracht wurde, reicht schon hin, dem Reichstage sein Andenken in der Geschichte zu sichern. Die künftigen Historiographen werden sich darüber zu streiten haben, wer es in der Selbstcaricatur am weitesten gebracht hat, die Krankenerkrankung zu Versailles oder der Reichstag deutscher Nation und wo der „Patriotismus“ am größten,

d. h. das Gebrüll am nächsten war, wenn ein Vertreter der Arbeiterklasse sprechen wollte.

Indeß — der Weg, welchen der Reichstag beschritten, ist der einzige, der den Parlamentarismus vollständig diskreditirt, der einzige Weg, auf welchem der Parlamentarismus zum Galgen geführt werden kann. Und das ist so ziemlich das einzige, zweifellos aber das größte Verdict dieses Parlaments. In diesem Sinne sind für uns die Herren Kaiser, Braun, Miquel und Bennigsen „ein Theil von jener Kraft, die nur das Böse will und stets das Gute schafft“. Der Reichstag und der Parlamentarismus werden in dem „legislatorischen“ Urath verschwinden, den diese Gesellschaft produziert, und die Arbeiterklasse, allein berufen, den Augiasstall auszusäubern, in welchem sich diese Gesellschaft tummelt, mag sich einstweilen den Besen zurecht machen, jenen mächtigen Besen, welchen nur der junge Herkules, das Proletariat, zu führen die Kraft und das Geschick hat.

Die Arbeiterklasse konnte und kann sich nie befreunden mit alten, Kreuzblämen, überlebten Institutionen, wie dieser Reichstag. Die Kaiser, Braun, Miquel und Bennigsen sorgen dafür, daß diese Institution für die Arbeiterklasse zum Gespött wird. Und so wird denn ein Tag kommen, wo auch dieses Parlament von Jemand Anderem zur Ordnung gerufen wird, als von seinem Präsidenten!

— Ihr wollt's ja so. Die in Dresden am 23. d. zu Königsgeburtstag veranstaltete Revue hat verschiedentliche Opfer gelostet. „Zu derselben ist nämlich, schreibt der „Volkbote“, auch das in Meissen garnisonirende Jägerbataillon herbeigezogen worden, welches gestern hier einmarschirte. Obwohl nun an sich der fünfständige Marsch von Meissen nach Dresden für einen guten Fußgänger keine erhebliche Leistung genannt werden kann, so hatten doch die schwerbedackten Mannschaften von der ungewöhnlichen Hitze des gestrigen Tages schwer zu leiden. Es blieben eine Menge Leute vor Erschöpfung zurück. Ja es sollen, wie gestern in der Stadt erzählt wurde und heute in den „Dresdner Nachrichten“ zu lesen steht, mehrere Soldaten vom Sonnenstich befallen worden und einer derselben bereits gestorben sein. Wir enthalten uns jeden Commentars. „Es ist die alte Geschichte, doch bleibt sie ewig neu!“ Und sie wird neu bleiben, so lange die gegenwärtigen Militäreinrichtungen bestehen, denn allen wohlgemeinten Rathschlägen, „humane Rücksicht walten zu lassen“, werden und müssen die maßgebenden Stellen, wenn sie selbst anders wollten, ein eiserne: „Es geht nicht!“ entgegensetzen. Sie haben Recht. Es geht wirklich nicht anders; das System, die Ordnung des Dienstes bringt es so mit sich. Wer das System billigt, muß auch die Konsequenzen desselben schweigend in den Kauf nehmen. Erst nach liberaler Art lassen und gesen gegen Jedem, der vor dem Militarismus nicht seine Kniee beugen will, und dann Ach und Weh schreien, wenn die Wirkungen desselben zu Tage treten, das will uns durchaus nicht männlich vorkommen.“

Der „Volkbote“ hat ganz recht. Und das Gleiche gilt von den Mißhandlungen der Rekruten auf dem Exercierplatz und in den Kasernen, sowie von den Militärexcessen jeder Art. Derselben beklagen, über sie raisonniren, ohne auf Abschaffung des ganzen Militärsystems zu dringen, ist entweder bewußte Heuchelei, hirnloses Geleise oder wackelklappige Sentimentalität. Wer die Gistfrüchte nicht will, muß den Baum umhauen, an dem sie wachsen; wer diesen Baum pflegt, darf sich nicht wundern oder entrüsten, daß giftige Früchte dran wachsen. Ihr wollt denn Baum, gut — so müßt Ihr Euch auch seine Früchte gefallen lassen!

— Ueber die neueste Staatsretterei in Sachsen, die Ausweisung des österreichischen Parteigenossen R. A. Wolf, aus Chemnitz, schreibt die Chemnitzer freie Presse: „Wolf war — auf einer Reise nach Oesterreich begriffen, wo er in Reichenbach die Redaction eines Parteiblattes übernehmen will, — nach Chemnitz gekommen und durchwanderte sorglos die Straßen, als plötzlich auf der Königstraße ein Mann an ihn herantrat, der sich als Polizist gerirte und den Ueberrächtigen aufforderte, sich mit nach dem Polizeibureau zu begeben. Dort angekommen, wurde Wolf eröffnet, daß er arretirt worden sei, weil er eine Agitationsreise durch Sachsen unternommen. Hieraus führte man ihn ohne Weiteres ins Gefängniß ab. Bei einem späteren Verhör, als sich Wolf über die ihm wiederfahrne, mit den Landesgesetzen nicht in Einklang stehende Behandlung beschwerte, erklärte Stadtrath Poltrac ohne Umschweife: „Ich werde dafür sorgen, daß Sie ganz aus Sachsen herauskommen. Ich werde Sie ausweisen lassen!“ — Nachdem nun der Befangene bis heute früh, also zwei volle Tage in Haft gehalten worden war — zu welchem Zwecke ist uns unerfindlich — entließ man ihn mit der Weisung, bis heute Nachmittag 1 Uhr Chemnitz und binnen drei Tagen Sachsen zu verlassen. — Unbegreiflich, wie so Vieles in Chemnitz, ist es uns, wie Hr. Poltrac dazu kommt, Jemanden aus Sachsen auszuweisen, da zu einer solchen Ausweisung keine Lokalpolizeibehörde gesetzlich berechtigt ist. — Wir ersuchen das Ministerium des Innern, den Chemnitzer Polizisten etwas den Standpunkt klar zu machen.“

Wir befürchten, die an das Ministerium gerichtete Aufforderung hat weiter keinen Erfolg, als daß Herr Poltrac künftighin im pluralis majestaticus sich vernehmen läßt, d. h. daß er angewiesen wird, künftighin zu sagen: „Wir werden Sie ausweisen lassen.“ Damit ist der „Form“ Berechtigung widerfahren und man weiß dann, wer dahinter steckt. Das wäre auch ein „Fortschritt“, wenn auch nur ein ganz kleiner.

— Durch eine Correspondenz des Münchener „Zeitgeist“ aus Wien erfahren wir, daß die Anhänger Oberwinders den „Volkstaat“ aus den Lesezimmern des Wiener Arbeiterbildungsvereins zu verdrängen suchen; aus zwei Lesezimmern ist denn auch der „Volkstaat“ glücklich „hinausgedrückt“ worden. Wir können hierzu den österreichischen Arbeitern gratuliren, und verlieren gern einige Exemplare, wenn nur der Conspicuität dadurch Raum geschafft wird, daß Herr Oberwinder und Conspicuität die Kritik eines wirklich sozialdemokratischen Blattes ebensowenig vertragen können, wie die österreichische Regierung. Herr Giska verbot den „Volkstaat“ für das Gebiet Franz Josephs, Herr Oberwinder verbietet ihn für das Gebiet Oberwinders, und Beide haben denselben Grund dazu. Im Uebrigen ist der Mitarbeiter der dochhoffischen „Morgenpost“ für uns abgethan und daß er sich nach dem Ausgang des Neufährer Prozesses gegen Scheu, wo die Geschworenen ihn entehrender Handlungen für überführt erklärten, immer noch nicht bezogen fühlt, von der Deffinitivität zurückzutreten, sondern mittels Petitionen an den Reichsrath die Arbeiter irre zu führen sucht, das begreifen wir ebenso leicht, wie wir das politische Auftreten „unseres“ Braun begreifen. Dies zur Nachschau für etwaige künftige „Differenzen“, zu welchen wir nicht den mindesten Anlaß geben werden.

Wir werden in Kenntnis gesetzt, daß das von uns erwähnte Telegramm an Nolte, welches den „großen Schweizer“ anrufen wollte, einen Präsenzstand des Reichsheeres von 500.000 Mann zu beantragen, nicht aus dem schweizerischen Canton Tessin, sondern aus dem mecklenburgischen Städtchen Tessin gekommen ist. Nun, Herr Stieber kann ja auch der Meinung sein, daß die Wasserjucht am Besten in Mecklenburg kurirt werde. Wenigstens haben er und Seinesgleichen dort schon „Kuren“ in Masse vorgenommen.

In der „politischen Uebersicht“ des „Dresdener Volksboten“ vom 24. d. lesen wir:

„Vor einigen Wochen erklärte bei der ersten Lesung des Militärgesetzes im Berliner Reichstage der lassalleianische Abgeordnete Hasenclever: „Wir sind nicht Reichsfeinde, sondern nur Feinde der gegenwärtigen Reichsregierung.“ Man blieb damals im Unklaren darüber, ob der Sprecher die Stellung der Sozialisten zum „Reiche“ auch im Namen der Eisenacher Partei oder nur in dem der lassalleianischen Fraktion hätte bezeichnen wollen. Die am letzten Montag vor sich gegangene Schlußverhandlung über das Militärgesetz hat einem Vertreter des Eisenacher Sozialismus, Herrn Motteler, die Gelegenheit geboten, sich über den von Herrn Hasenclever berührten Punkt gleichfalls zu äußern. Derselbe präcisirte seine Stellung zum Berliner „Reiche“ folgendermaßen: „Wir sind Gegner des Reiches, insofern das Reich bestimmte Einrichtungen repräsentirt, unter denen wir und gedrückt fühlen, unter denen wir leiden; wir sind aber nicht Gegner des Reiches als eines nationalen staatlichen Ganzen, sondern wir sind nur Gegner jener Einrichtungen.“ Der Unterschied zwischen den Programmklärungen der beiden Reichstagsmitglieder ist ebenso leicht zu erkennen, wie die gemeine Substanz derselben. Die Gegnerschaft des Lassalleers richtet sich gegen die Reichsregierung, also zunächst gegen Personen, die des Eisenachers gegen Einrichtungen. Aber wie Herr Hasenclever das Reich von der Regierung trennt, so trennt Herr Motteler dasselbe von jenen von ihm gemißbilligten Einrichtungen. Indem Herr Motteler sich als Nichtgegner des Reiches als eines „nationalen staatlichen Ganzen“ bekennt, giebt er der Anschauung, welche nur die Lassalleer als Nationalsozialisten betrachtete, ein formelles Dementi. Ob die von Herrn Motteler abgegebene Erklärung von seiner Partei gutgeheißen wird, wissen wir nicht. Wenn es geschieht, so kann man vielleicht bedauern, daß jene Definition über die Stellung dieser Partei zum „Reiche“ erst jetzt und nicht bereits vor zwei Jahren erfolgt ist. Dementselbe abgegeben, würde sie ohne Zweifel hingereicht haben, die Verhängung einer mehrjährigen Strafbuß von den Hauptern Liebknecht's und Bebel's abzuwenden. Denn von aller Welt wurde der gegen diese Parteiführer gerichtete Prozeß als ein der thatsächlichen Unterlagen entbehrender Tendenzprozeß betrachtet, welcher wesentlich durch die reichsfeindliche Gesinnung der Angeklagten veranlaßt und deshalb auch gerade von Berlin aus vorzugeweißt betrieben worden sei. Wenn durch eine Erklärung von der Art, der von Herrn Motteler gegebenen die Reichsfeindlichkeit der Angeklagten in die Habelwelt vertrieben worden wäre, welcher Grund hätte dann noch die Fortführung des Prozeßes empfehlen können? Die bloße Gegnerschaft gegen gewisse Einrichtungen des Reiches hätte diese Wirkung um so weniger haben können, als diese Gegnerschaft, wie Herr Motteler mit Recht hervorhob, auch in den Reihen der „Fortschrittspartei“, ja selbst in denen der Nationalliberalen zu finden war. Andererseits hätte auch der bloße Sozialismus der Angeklagten für sie jene harten Folgen nicht haben können; denn Fürst Bismarck hat mit den lassalleianischen Sozialisten und ihrem Gründer im besten Einvernehmen gelebt. Schade, wir wiederholen es, daß die Erklärung zu Gunsten des „nationalen staatlichen Ganzen“, wenn sie andere überhaupt im Namen der Partei stattfand, nicht früher abgegeben wurde. Dagegen, nachdem die zweijährige Gast der Subertusburger an ihrem Tische steht, könnten wir es nur bedauern, wenn diese Maßregelung ihres prinzipiellen Charakters entleidet und auf ein bloßes — Mißverständnis zurückgeführt werden soll.“

Jedenfalls ist obige Auslassung des „Volksboten“ auf ein „Mißverständnis“ zurückzuführen. Die politische Stellung unserer Partei ist durch verschiedene Broschüren (z. B. durch Liebknecht's Berliner Rede über die politische Stellung der Sozialdemokratie“, durch die Schrift über „die parlamentarische Thätigkeit des Reichstags“ etc.) sowie durch verschiedene Congress-Referate und Vorträge aufs Schärfste präcisirt worden, und kann durch keine Äußerung irgend eines einzelnen Mitglieds alterirt werden. Keiner unserer Abgeordneten im Reichstag spricht als offizieller Vertreter der Partei, wie dies Herr Hasenclever im Namen des Reiches, auf dem Autoritätsprinzip ruhenden Vereins thun kann. Was von dem „Volksboten“ angezogene Wort Motteler's ist allerdings an sich der Mißdeutung fähig, wird aber durch weitere Äußerungen desselben Redners (z. B.: daß das deutsche Reich als Werk von Blut und Eisen nur durch Blut und Eisen zusammengehalten sei; daß es bloß als Militärstaat existiren könne, also Reform unfähig sei etc.) des vom „Volksboten“ hineingelegten Sinnes entleidet.

Gewerksgenossenschaftliches.

Gewerkschaft der Schuhmacher.
Leipzig. Collegen! Der Streite der hiesigen Schuhmacher-Gewerkschaft dauert fort; wir erlauben deshalb alle auswärtigen Collegen, ja allen Jüngern fernzuhalten und uns nach Kräften zu unterstützen. Bedenkt, daß wir nicht im Stande sind, den Streite erfolgreich durchzuführen, wenn nicht jeder unserer auswärtigen Collegen uns nach Kräften unterstützt; denkt daran, daß unser Sieg eine Ture ist; denkt ferner daran, daß Leipzig diejenige Stadt ist, welche einer Besserung der Löhne am nötigsten bedarf. Also auf Collegen, unterstützt uns nach Kräften, aber schnell.
Alle Briefe und Gelder wolle man von jetzt ab senden auf den Verkehr der Schuhmacher an H. Schreiber, Münzgasse 3.
Mit collegialischem Brudergruß!

Für das Comité:
H. Höplich. J. Reigner. K. Kneifer. Landmann.
Verhold. Heise. Panzer.
Frankfurt a. M. Wir zeigen hiermit allen Mitgliedern der Gewerkschaft an, daß die Reiseunterstützung bei Julius Schade, Tonnengasse 34, Hinterhaus 2 Tr. ausgezahlt wird. J. Surlbe.
Coburg, 24. April. Die hiesigen Schuhmachergesellen stehen ihren Meistern in Unterhandlung wegen Lohnerhöhung. Wir bitten die Collegen in und außerhalb der Gewerkschaft, Coburg zu unterstützen. Der Lohn ist hier sehr gering; nach einer statistischen Uebersicht verdient der beste Arbeiter bei 13—15ständiger Arbeit selten die Woche 6 fl., Diejenigen, welche geringe Arbeit machen müssen, verdienen gar bloß 3 fl. 30 kr. bis 2 fl. 30 kr. darunter. Und bei solchem Lohn wollen die Herren Arbeitgeber

auch noch das Loos bezahlt haben, das sehr häufig allem Anderen, nur keinem Aufenthaltort für Menschen entspricht.
Ich bitte alle arbeitserfreundliche Blätter um Aufnahme.
Der Bevollmächtigte der hiesigen Mitglieberschaft.

Correspondenzen.

Alstedt (Großherzogthum Weimar), 21. April. (Kriegervereinsagitation.) Am 30. Dez. v. J. wirkte Ufert aus Weimar bei uns für die Wahl Joh. Jacoby's (1. Weimarer Wahlkreis). Bei der Wahl siegte wir über den Gegner der nationalliberalen Partei Paul v. Bojanowsky, z. Z. Redacteur der Weimarer (offiziellen) Zeitung. Ufert beleuchtete in seiner Rede die Vertheilung der Dotation an die Generale und Mannschaften. Opposition kam in der betreffenden Versammlung nicht auf. Die große Anzahl der Arbeiter trat den Ausführungen Uferts bei. Unser Kriegervereinsvorstand konnte sich jedoch nicht damit beruhigen, und kurz nach der Wahl mußte eiligst auf die Kosten des Kriegervereins nachstehende Erklärung in den verschiedenen Blättern veröffentlicht werden:

„Dem Sozialdemokraten gegenüber, welcher hier in thörichter Verleumdung durch Wort und Schrift unsern jüngsten Krieg gegen Frankreich als einen bloßen Fürstienkrieg bezeichnete und die Thaten unserer Heldenführer und Offiziere während dieses Krieges in den Staub getreten hat, erklären wir, — was zwar selbstverständlich ist, aber diesen Leuten gegenüber ausgesprochen werden muß von uns, die wir meist mitgekämpft und mit geblutet haben, — daß wir wie jeder vernünftige Deutsche: 1) den Krieg in den Jahren 1870 und 1871 als einen Kampf für die heiligsten Güter des Vaterlandes ihn darum für einen echt nationalen — auch heute noch und immerdar ansehen; 2) die Äußerungen über unsere Vorgesetzten als schamlose Verleumdungen bezeichnen müssen. — Den fortwährenden auführerischen Bestrebungen der Sozialdemokraten in unserm Amtsbezirk gegenüber aber beschließen wir: 1) durch immer einmüthigeres Zusammenhalten; 2) durch öftere Versammlungen zur Besprechung patriotischer Dinge; 3) durch kräftige Unterstützung aller Bestrebungen, welche zur wahren Aufklärung und Beruhigung unsres Volkes beitragen für das Wohl des Vaterlandes zu wirken und bitten alle Kameraden nah und fern uns zu gleichem Thun echt kameradschaftlich ihre Hand zu bieten. Alstedt, den 13. Januar 1874. Der Vorstand des Kriegervereins zu Alstedt, i. A.“

Daß der hiesige Kriegervereinsvorstand guter Patriot ist, erklärt sich sehr leicht. Derselbe hat ein anständiges Sämmchen aus dem Willkürtopf erhalten und besetzt nun gerade nicht das Sprichwort: „Unan ist der Welt Lohn.“ Ufert, wissend, was es bei uns heißt, mit einer „unparteiischen“ Presse zu thun zu haben, unterließ damals eine Gegenerklärung und solche auf seine Kosten als Annonce aufzugeben, wäre gar zu kostspielig geworden. Auf Alles zu entgegnen, was uns an den Kopf geschleudert wird, ist ja auch unmöglich. Die Erklärung wurde ruhig beiseite gelegt, mit dem Bemerkten: erklärt Ihr nur immer zu, an der Sache wird ja durch bloße Erklärungen nichts geändert, bewiesen ist ja mit der Erklärung gar nichts. Der Kriegerverein mußte ja auch nur die Folgen verschließen, die Andere geschmizt hatten. Auf heftigen Widerstand stieß der Nachher der Erklärung in der Versammlung genannten Vereins, mehrere Mitglieder sind deshalb sogar ausgetreten. Der Herr Lieutenant, welcher die Controlversammlung in Weimar, Apolda, Alstedt und andern Orten abhielt, hatte nichts Eiligeres zu thun, als den Reservisten das Vorgehen des Alstedter Vereins anzupfehlen und vor dem das Großherzogthum unsicher machenden Sozialdemokraten Ufert zu warnen. Montag Abend, den 20. erschien Ufert zu einer zweiten Versammlung. Als erster Punkt der Tagesordnung war die Thätigkeit des Reichstags, als zweiter Punkt die Erklärung des Kriegervereins aufgestellt. Die ganze Umgebung war herangezogen und die Krieger hatten sich in Ermangelung von Rindnadelgewehren und Krappchen Kanonen mit ganz gehörigen Lasterknäppeln versehen. Ufert kam mit dem Einberufer Maurer Gruniz und zwanzig Mann nach festgesetzter Zeit ins Lokal. Die Herren Wortführer der hiesigen Nationalvereine hatten, da kein Rome unter der Annonce gestanden, bereits das Bureau wählen lassen, welches aus einem hiesigen Rechtsanwält als erstem und dem Kriegervereinsvorstand als zweitem Vorsitzenden bestand. Herr Gruniz fungirte als Peisiger. Ufert protestirte sogleich gegen die Zusammensetzung des Bureaus; es sei die Wahl parlamentarisch nicht richtig vorgenommen worden, den Vorsitzenden halte er für zu parteiisch, und beantragte Neuwahl des Bureaus. In dieser Ansicht wurde Redner von der großen Mehrzahl, welche aus Arbeitern bestand, lebhaft unterstützt. Der Herr Vorsitzende suchte im Verein mit dem Hrn. Schulrector (die Rectoren und Pastoren leisten in Thüringen in Bekämpfung des Sozialismus das Menschenmögliche) die Sache so zu drehen und zu wenden, daß er den Vorsitz unparteiisch führen werde, daß er vollständig richtig gehandelt habe. Die Tagesordnung hatten die Herren verändert und den zweiten Punkt als ersten gesetzt, worüber U. weiter nicht böse war, das aber litt er nicht, daß sein Gegenredner, der Schulrector, zuerst sprechen sollte, was er auch durch die kräftige Unterstützung der Arbeiter durchsetzte. Ufert meinte, daß, was den letzten Punkt, das taktische Vorgehen des Kriegervereins betreffe, kümmere ihn sehr wenig, er wüßte den Herren Vorsitzenden — denn er müßte hier streng unterscheiden zwischen Vorstand und Verein — Glück zu ihrem Unternehmen. So lange würden sie doch nur Anhang haben, so lange sie im Stande wären, die Mitglieder über ihre Interessen zu täuschen. Würden die Leute unsere Bestrebungen näher kennen, so würden sie ihnen bei Zeiten den Rücken kehren und er gratulire schon im Voraus zu dem Lohne, den sie empfangen würden. Es wäre möglich, daß man sich dann mit Herabreißen der heuchlerischen Maske nicht bloß zufrieden gäbe, wenn besonders, wie in diesem Streit, es mit der Wahrheit nicht so genau genommen werde. Sodann verlangte Ufert zu wissen, worin denn die Verleumdung bestände. Etwa darin, daß er damals gesagt, die Handvoll Generale, welche weit hinter der Front gestanden, habe vier Millionen Thaler Dotation erhalten, während man an die Soldaten, die wirklich gekämpft und geblutet, nur in Form von Anleihen dieselbe Summe verabsolgt habe? Ueber die Vorgesetzten habe er sich gar nicht geäußert, denn die könne er nicht zu seinen Bekannten zählen, die kenne er zu wenig. Ihre Thaten wären ihm ebenso gleichgültig. In was sollen denn die Äußerungen bestanden haben? Was für heilige Güter des Volkes seien denn auf dem Spiele gewesen? Das deutsche wie das französische Volk habe den Krieg nicht gewollt; jene Adresse, welche unter den Pariser Arbeitern bei Ausbruch des Krieges circulirte, habe man wohlweislich todtschwiegen, dazu seien ja die Winkel gegeben. Was habe man denn dem Volke gethan? Die in jener Versammlung abwesenden Krieger habe man eben getäuscht, sonst würden sie sich heute gar nicht haben ins Feld führen lassen.
Der Herr Rector ging nun wie ein dem Irrenhaus Ent-

springener gegen Ufert los, und Hände, Nase und Stock mußten getrennt mithelfen. Ufert legte er Aeußerungen in den Mund, die gar nicht gefallen waren. Darob Entrüstung der Arbeiter, und es bedurfte langen Zuredens, ehe sich die Arbeiter beruhigten. Ufert meinte, er werde sich schon selbst vertheidigen. Einem Polizeienunzianten hätte diese Sprache wohl angefallen, nicht aber einen Volksbildner. In Schwach gehalten von den Anwesenden, ergriff sich der Rector nun in Loheserhebungen auf das deutsche Reich und den „glorreichen Krieg“. Dieser habe, wie noch kein Krieg, sich selbst bezahlt und einen 3-validenunterstützungsfond von über 100 Millionen geschaffen.

Zum Schluß mußte dann noch die den Leuten unbelaunte Commune herhalten. Hieran kam Ufert auf die Äußerungen zu sprechen, die man ihm in den Mund gelegt habe und wiederholte nochmals, was er in jener Versammlung gesagt habe unter Verweisung auf Zeugen. Dieses Vorgehen überzeugte selbst die von auswärts kommenden Krieger, so daß die Vorstände sich nun völlig solirt sahen. Den Herrn Rector kennzeichnete Ufert nach Gebühr. Bei Besprechung der Commune erhoben einige in die Winkel gedrängte Bourgeois ein Höllengeschrei, so daß Ufert nicht zu Ende kam. Die Arbeiter drängten nunmehr in Ufert, sich mit diesen Leuten nicht mehr herumzustritten, die sie sehr wohl zu würdigen wüßten. Ein großer Theil der Versammelten begab sich darauf in ein anderes Lokal und dort bildete sich sofort eine Mitgliedschaft von 50 Mann. Die Ersten, die sich einzeln ließen, waren die aus dem Kriegerverein Ausgetretenen, gewiß die beste Antwort auf die Kriegervereinsagitation. Ufert mußte versprechen, sehr bald wiederzukommen. Die Versammlung selber hatte den Beweis geliefert, daß auch die gemüthlichen Thüringer verstehen, den Ausdeutern kräftigen Widerstand entgegenzusetzen.

Sonntag wirkte Ufert in Ruhla, Dienstag in Mühlhausen. In letzterem Orte war die Versammlung sehr zahlreich besucht, der Geist in derselben ein vortheilhafter und der Ansehens an die Partei ein starker. In Ruhla hätte die Vetheiligung ein größere sein können.

Rudolstadt, 19. April. (Etwas über die Wirksamkeit der Harmonielehre zwischen Capital und Arbeit.) Vor einigen Tagen ritt stolz zu Rosß ein hiesiger Fabrikbesitzer spazieren. In die Nähe einer Restauration gekommen, schalt ihm nicht etwa „Es braust ein Ruf wie Donnerhall“, nein, ein wirkliches Hoch von Seiten seiner montagsblauen Loh-sklaven entgegen. Wer da nicht mehr an die schöne Harmonie zwischen Capital und Arbeit glaubt, nicht von ihr besetzt ist, den kann ich mit dem besten Willen nicht besser belehren. Die Dressur scheint gut zu sein, lieber Herr! Es bestehen hier, ich darf dieses nicht vergessen beizufügen, seit Jahr und Tag zwei Hirsch-Dunkerische Gewerksvereine. Der eine, welcher mich wegen dieser Affaire interessirt, ist der der Porzellanarbeiter, welche, wenn sie auch nicht alle Mitglieder, dennoch Anhänger desselben sind, einige Wenige ausgenommen.

Vor mehreren Wochen wurde von einem hiesigen Zimmerer eine Versammlung von Bauhandwerkern einberufen. Zweck derselben war, einen Streik der Bremer Zimmerer zu unterstützen, auf Veranlassung eines von dort nach hier eingegangenen Briefes, welchem aber die nöthigen Unterschriften fehlten. Selbstverständlich war ich, obgleich kein Zimmerer und nicht eingeladen, am Plage, erhielt Zutritt, vertheilte Circulars der Holzarbeiter-Gewerkschaft und begann den Boden zu klären, um mit Gründung einer Holzarbeiter-Gewerkschaft vorzugehen. Alle waren bereit und 8—14 Tage darauf sollte deshalb Versammlung stattfinden. Diese fand aber erst den 12. d. Mte. statt, von mir einberufen. Tagesordnung: 1) die Gewerkschaft der Holzarbeiter, 2) das projectirte Contraktbuch, festzusetzen, Ort u. s. w. war gut gewählt, aber außer dem von mir und einem Freunde mündlich Eingeladenen waren nur 4 Mann erschienen, die übrigen, was wirkliche Zimmerleute und Maurer waren, drückten sich schon, verlegen, ängstlich von einem Zimmer in das andere und verschwanden gar bald, um sich des himmlischen Vergnügens von Kegelschieben und Bierlaufen zu erfreuen. Alle diese Unstände, welche, wie ich so nach und nach herauswitterte, durch Inspiration hervorgerufen wurden, waren nicht geeignet, mich zu ermutigen und sind es auch jetzt noch nicht, aber diese Feigheit todtschweigen, das bringe ich doch nicht über das Herz, zumal die ausgebliebenen Freunde der Sache vor Gründung einer Gewerkschaft zurückschrecken, als wäre es eine Verschwörung. J. B. hört man prahlen, ich lese den „Volksstaat“ schon ein paar Jahre, das heißt aber mit noch 3 Mann zusammen; doch dies will ich nicht verurtheilen, aber das, daß sich zum Lesen eines zweiten Exemplars keine Leser finden, weil das Bestellen dieses Blattes ihre stolzen Namen brandmarken könnte. Wer den „Volksstaat“ nur ein viertel Jahr liest, muß sich doch so viel Wig gesammelt haben, um zu wissen, daß unsere Gegner nur mit Lüge und Niedertracht kämpfen, Beweise hierfür liest man auf jeder StraÙe auf, und daß eben dieserhalb es nöthig, nicht bloß nöthig, sondern ernste gebieterische Pflicht eines jeden offenen, ehrlichen, gesinnungstüchtigen Mannes, sich zur Bekämpfung der Knechtschaft, der Knechtlichkeit mit seinen Freunden zu vereinen, gemeinsam zu streben, daß es besser werde, zu diesem Zwecke haben wir ja eben die Gewerkschaften. Da heißt es aber wieder: „ich bin verheirathet.“ Na ich bin's auch und lebe in den gedrücktsten Verhältnissen. Das ist es ja; die Noth, fast mathematisch unter uns vertheilt, soll und muß uns zusammenführen. Schutz gegen Maßregelung, gegen bittere Noth und Krankheit, Vermittelung neuer Arbeit ist ja Zweck der Gewerkschaft. Aber die Jaghaften begreifen erst dann, daß sie sterben sollen, wenn sie schon am Baume zappeln. Ich bin durchaus kein Feind der Localagitation. Wo aber die Feigheit wie hier hinter dem Bierglaße groß gezogen wird, wo man gewohnt ist, den Mund zu halten, sobald irgend ein Schmeichler das Lokal betritt, da erröth man gleich „wo Barbel den Wost holt.“ Doch ich muß auf die Versammlung zurückkommen. Die Helden des Tages, die Maurer und Zimmerer nämlich, hatten sich bis auf Einen, welcher sich nachträglich bei uns 4 Mann einsand, dem göttlichen Bachusvergüngen gewidmet. Kurz entschlossen forderte ich die 5 Mann auf zur Gründung der Gewerkschaft, die nächste Zusammenkunft wurde besprochen und wollten wir uns der Pögnere Mitgliedschaft anschließen, bis wir selbst stark genug wären; dies waren Alle zu-frieden. Am nächsten Morgen früh erschien der zuletzt eingetretene Maurer und erklärte, sein Logiwirth hätte gesagt u. s. w. Tags darauf, den Abend, kam ein angeblischer Volksstaatsleser, erklärte ebenfalls seinen Abfall „ach wie schade“ —? und fügte bei, er thue es deshalb, weil er verheirathet sei und eine Arbeits-Aussperrung besüchtete, was durchaus undenkbar ist, da von unserem Bestehen das erste Jahr Niemand etwas erzählt; 5—6 Mann, wovon 2 furchtsame Seelen sind, machen gewiß keinen Lärm. So wären wir denn jetzt zusammen wieder 4 Mann, und wenn ich noch 3 Wochen mein Frühjahrslogis, das Gefährlich verlasse, dann soll Rudolstadt eine wirkliche öffentliche Volksversammlung erleben. Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Mit sozialdemokratischem Gruß
Max Schulze.

Luze (Böhmen), 12. April. Ich lese im „Volkstaat“ von der schlechten Lage der österreichisch-schlesischen Weber. Schlimmer noch sieht es aber mit dieser Industrie in Böhmen und Mähren, wie die Bourgeoisblätter berichten. Die Glaubwürdigkeit dieser Blätter ist umsoweniger zu bezweifeln, weil sie überhaupt die Nothlage der Arbeiter stets leugnen. So schreibt das Organ des böhmischen Fabrikantenthums, „Posel & Praby“ (Prager Vote), welcher fast in jeder Nummer der Arbeiterklasse einen langen, sehr langen Sparsamkeitsartikel servirt und deshalb auch den Namen „Böhmischer Scholze“ mit Recht verdient, in seiner Nr. 74 vom 28. März: „Der Hunger in Kerkonofsch (böhmisches Erzgebirge). In der Kerkonofschgegend, wo Noth und Elend im Allgemeinen zu Hause ist, hat sich in letzter Zeit unter den armen Leuten der Hunger niedergelassen. Am elendesten sieht es vor Allem im böhmischen Bezirk Neustadt und Nachod, wo nach einstimmen Nachrichten die Armen Hungers sterben. Die neustädtische Bezirkshauptmannschaft hat schon die Einrichtung getroffen, daß in den allerärmsten Gemeinden für diejenigen Armen Suppe angesetzt wird, welche sich geniren, betteln zu gehen. Auch der Graf Colloredo-Mansfeld sandte in die Gemeinde seiner Herrschaft Unterstützung an Reis und Geld. Ursache des Elends und Hungers ist unzureichende Arbeit für die Weber. Der bauernwerthe Weber verdient wöchentlich 1 fl. bis 1 fl. 20 kr., dazu muß er aber von seinem Geld zum Leimen für das Mehl 15 kr. geben und das fertige Stück oft bis zwei Stunden weit tragen, nämlich zum Arbeitgeber, der ihm die Wolle anvertraut hat. Und dort, wenn er von dem wöchentlichen Verdienst einen Scheffel Kartoffeln kauft, bleibt ihm auf das Salz kaum etwas übrig! Er muß aber Vertrauen haben, sonst vertraut ihm Niemand die Wolle an und er ist schlechtweg ohne Arbeit. Wer bessere Arbeit wehen kann und hinreichendes Vertrauen besitzt, bekommt 3 B. für ein Stück schottisch 2 fl. 40 kr., welches er in einer Woche fertig bringt, wenn er die Nacht zusetzt, was hier im Allgemeinen geschieht. Wollengeber in Preußen bezahlen die Weber besser, aber es ist schwierig, die Wolle über die Grenze zu bringen. Das einzige Mittel, dem periodisch wiederkehrenden Elend ein Ende zu machen, ist, daß den Webern Gelegenheit gegeben würde, die Verfertigung besserer Artikel zu erlernen.“ (Ach, welch radikales Mittel!) Dergleichen erschütternde Nachrichten über die hiesigen Arbeiterverhältnisse findet man auch in dem Organ der böhmischen und mährischen Sozialdemokraten „Delnické Listy“ („Arbeiterblätter“), welches in Prag monatlich zweimal erscheint und welches die Sache der arbeitenden Menschheit im radikalsten Sinne vertritt. Die „Arbeiterblätter“ erfreuen sich der Liebe der Statthalterei derart, daß sehr häufig, wenn auch nicht die ganze Auflage forschirt, doch meistens ein Theil des Inhalts der Censur verfällt! In Anbetracht, daß „Delnické Listy“ das einzige Organ im Königreich Böhmen ist, welches uns, den „Proletariern“, zu Gebote steht, ist es dringend notwendig, daß es in Deutschland von allen böhmisch redenden Parteigenossen durch Abonnement unterstützt wird; und ganz besonders möchte ich dies den böhmisch-nationalen Arbeitervereinen in Berlin, Dresden, Leipzig, Hamburg, Stuttgart u. s. w. bringen und Herz legen. Ich lese im „Delnické Listy“ einen Bericht vom Leipziger Verein „Waclaw“, in welchem gesagt wird, welche böhmischen Zeitungen in dem Verein ausliegen. Zum Erstaunen der hiesigen Anhänger der Sozialdemokratie ist der „Volkstaat“ in Leipzig nicht mit angeführt, überhaupt kein einziges deutsches Arbeiterblatt. Sollte der „Waclaw“ den „Volkstaat“ nicht kennen? Sollte er nicht wissen, daß es noch andere Arbeiterblätter giebt? Oder sind die Mitglieder des „Waclaw“ keine Proletarier? Ich erwarte, daß der Verein die vielen nationalliberalen Blätter, wie z. B. „Koruna česká“, „Koruna česká“ und andere künftig verabschiedet und sich mehr der Arbeiterliteratur zuwendet und besonders auf „Delnické Listy“ mehr als in einem Exemplare abonniert. „Delnické Listy“ kostet jährlich 2 fl. 60 kr. Antonin Knourek, Schuhmacher.

Erklärung.

Die Redaktion des „Volkstaat“ legte nachstehenden Bericht über den zu Hannover stattgehabten Congreß der Eisen- und Metallarbeiter Deutschlands dem unterzeichneten Ausschuss zur Prüfung vor, hiweisend darauf, daß der Ausschuss f. Z. die Rechtsaufnahme des zur Beschickung des fraglichen Congresses von Hamburg aus erlassenen Auftrages gutgeheißene hatte.

Obwohl die Stellung des unterzeichneten Ausschusses dem zu Hannover abgehaltenen Congreß gegenüber heute noch dieselbe ist, wie vor Ostern, so erklärt derselbe sich dennoch mit dem Abdruck des Berichts an dieser Stelle einverstanden, lediglich in der Absicht, auch die Leser des „Volkstaat“ über den Gang der gewerkschaftlichen Organisationsbestrebungen zu unterrichten. Gleichzeitig erklärt der unterzeichnete Ausschuss jedoch, daß die auf dem hannoverschen Congreß von verschiedenen Seiten hervorgehobenen Einigungsbestrebungen der beiden deutschen Arbeiterfraktionen keineswegs mit Sicherheit gefördert werden können, wenn eine unserer Partei bestrebende Genossenschaft sich zu Gunsten einer Organisation, welche vorerst noch die verschiedenartigsten Elemente in sich birgt, brock legen läßt, sondern daß vielmehr die wichtige Frage: „ob, wann und unter welchen Bedingungen Einigung“ maßgebend und mit Sicherheit nur durch die Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins und den Congreß unserer Partei gelöst werden kann.

Hamburg, 27. April 1874.

Der Ausschuss
der sozialdemokratischen Arbeiterpartei:
J. A.

H. Oeb, Ködingermarkt 12.
H. Penne, N. Schäferlamp 34.

Der Congreß zu Hannover.

Der Congreß der Eisen- und Metallarbeiter Deutschlands, für welchen die Osterfeiertage (6., 7. und 8. April) und als Ort der Abhaltung Hannover in Aussicht genommen war, beanspruchte zur vollständigen Erledigung auch noch den 9. und 10. April und läßt sich das durch denselben erzielte Resultat als ein sehr günstiges bezeichnen.

Etwa 50,000 Metallarbeiter Deutschlands sandten 53 Delegirte zu diesem Congreß und zwar aus Hamburg, Berlin, Chemnitz, Augsburg, Nürnberg, Ipehoe, Altona, Spandau, Hannover, Eßlingen, Gotha, Bielefeld, Frankfurt a. M., Dortmund, Cöln, Nürnberg, Stollberg, Bremen, Dresden, Ebersfeld, Lübeck, Kiel, Kalau, Magdeburg, Braunschweig, Leipzig, Alt- und Neuschwabenfeld, Neuburg, Alt- und Neufelderhausen, Connewitz, Boltmannsdorf, Rannheim, Ludwigsbäsen, Wilhelmshäsen, Hagen, Duisburg, Grimmschönau, Stuttgart, Herborn, Osnabrück, Gr. Beckeln, Brimcherbäsen, Pforzheim, Reichenbach, Alfeld, Plagwitz, Neureudnitz, Thonberg, Pindenau, Stötteritz, und würde diese Zahl sich noch bedeutend vermehrt haben, wenn eine größere Vorbereitung resp. längere Vorbereitung stattgefunden hätte.

Der Congreß wurde am 1. Feiertage Vormittags 11 Uhr in Anwesenheit der unvermeidlichen Vertreter der Behörde von Seiten des Stadensens Hofe aus Hamburg eröffnet und zur Wahl eines provisorischen Bureau geschritten, in welches Stöckel als erster, Doffe als zweiter Vorsitzender, Küster und A. Meier als Schriftführer per Acclamation gewählt wurden. Man schritt zur Wahl einer Mandatprüfungscommission, zu welcher Weykopf, Bähle, Zschoppe, Stöhr und Voges bestimmt wurden. Während die Commission ihren Pflichten oblag, wurde nach kurzer Debatte von den 8 auf der Tagesordnung stehenden Punkten 1 und 5, „Die frühere und heutige Produktionsweise und der Normalarbeitstag“ als zusammengehörig betrachtet und hierüber von Seiten Frohne (Frankfurt a. M.) in ausführlicher Weise referirt, und nachdem noch der Fabrikordnungen, des Haftpflicht- und Contraktbruchgesetzes gedacht wurde (über welches letzteres Hasselmann im Laufe des Congresses einen gediegenen Vortrag hielt, in welchem er zugleich auf die Nothwendigkeit der Einigung zur Erzielung günstiger Resultate hinwies), ging man, nachdem die Mandatprüfungscommission ihr Referat abgegeben, zur Wahl eines definitiven Bureau über und wurde das provisorische Bureau bei namentlicher Abstimmung für definitiv erklärt. Man ging sodann zu dem Hauptpunkte der Tagesordnung über, nämlich: „Wie haben sich die Eisen- und Metallarbeiter Deutschlands zu organisiren“, bei welcher Gelegenheit von den in ziemlich gleicher Stärke vertretenen verschiedenen Arbeiterfraktionen im Anfang manche Borwürfe fielen, hauptsächlich das Wörtchen „international“ eine geraume Zeit in Anspruch nahm, bis ein bedeutender Theil der Delegirten von der Harmlosigkeit und richtigen Bedeutung dieses Wortes zu überzeugen war. Nachdem jedoch diese zur Klarlegung der Sachlage notwendigen Erläuterungen erfolgt waren, war man alsbald darüber einig, daß der Congreß es in seiner Macht habe, eine Organisation zu schaffen, welche allen Theilen Genüge leiste, und daß dieserhalb Vorlagen ausgearbeitet seien, zu welchem Zwecke dann auch sogleich eine Commission aus 10 Mann, bestehend aus Bähle (Berlin), Seland (Berlin), Weykopf (Hannover), Frohne (Frankfurt a. M.), Wolf (Chemnitz), Wimmer (Dortmund), Pösch (Hannover), Schwarz (Lübeck), Dörsch (Chemnitz), Stöhr (Kiel), gewählt wurde, welche sogleich zur Ausarbeitung einer Vorlage resp. Statutenberatung überging, während der Congreß in dieser Zeit weiter tagte und sich gleichfalls über verschiedene Punkte Klarheit zu verschaffen suchte.

Hinsichtlich der Ausarbeitung der Statuten, welcher in der Hauptsache die Statuten der jetzt bestehenden Metallarbeitergewerkschaft zu Grunde lagen, war es hauptsächlich die Art der Verwaltung, welche eine längere Berathung erforderte, da auf der einen Seite die Verwaltung vermittelt eines Präsidenten, auf der andern durch einen Ausschuss resp. Vorstand verlangt wurde, welche Gegenstände ja noch bei den beiden sozialdemokratischen Fraktionen obwalten; es wurde jedoch auch hier ein Einverständnis erzielt, und als zur Leitung des zu schaffenden Verbandes, welcher sich „Allgemeiner Metallarbeiter-Verband“ nennt, ein Vorstand aus 11 Personen bestimmt, welcher von dem von der Generalversammlung zu bestimmenden Vorort aus dessen Mitte zu wählen ist, angenommen der 1. und 2. Vorsitzende und der Hauptassistent, welche von der Generalversammlung selbst ernannt werden, jedoch den übrigen Vorstandsmitgliedern gegenüber keine Vorrechte besitzen, desgleichen eine Controlcommission aus 7 Mitgliedern, welche die Gesamtleitung zu beobachten habe und deren Sitz gleichfalls von der jedesmaligen Generalversammlung zu bestimmen sei. Ebenso entspann sich hinsichtlich der Reiseunterstützung eine längere Debatte, dieselbe wurde jedoch nach längerem Auseinandersetzen sowohl wegen eintretenden Mitternachts im großen wie im kleinen Maßstabe als in anderen Beziehungen mit großer Majorität für notwendig erachtet; überhaupt wurde die von der Commission geschaffene Vorlage mit einigen unwesentlichen Abänderungen, nachdem dieselbe Paragraph für Paragraph von dem Congreß durchberathen, mit ein r das gute Einverständnis dokumentirenden Einhelligkeit angenommen und gleich zum Druck gegeben, um in einigen Tagen allerorts verbreitet zu werden, damit allen Orts- und Fachvereinen Gelegenheit gegeben sei, davon Kenntniß zu nehmen, event. ihren Beitritt zu erklären, um bereits auf der am 5. Juli zu Cassel stattfindenden ersten ordentlichen Generalversammlung mit vertreten zu sein.

Als provisorischer Vorort bis zu dieser nächsten Generalversammlung wurde Berlin, als Sitz der Controlcommission Chemnitz bestimmt. Zur Regelung resp. Feststellung des Protokolls dieses Congresses wurde eine Commission, bestehend aus Seland, Stöhr, Wolf und E. Meier, ernannt, welche gleichfalls in den nächsten Tagen ihre Aufgabe lösten und das Protokoll, welches in circa 1000 Exemplaren den Metallarbeitern zur Verfügung steht, dem Druck übergeben. Als Organe zur Vertretung der Verbandsinteressen wurden der „Volkstaat“ und „Neue Sozialdemokrat“ event. periodische Circulare bestimmt.

Nachdem somit der Congreß in jeder Beziehung den an ihn gestellten Anforderungen Rechnung getragen und nicht bloß ein formelles, sondern im großen Ganzen ein einziges Zusammengehen stattgefunden hatte, indem sich ein Jeder der Wichtigkeit und des Ernstes des Augenblicks bewußt war, schloß der Vorsitzende mit der Mahnung, daß alle Delegirten den bei diesem Congreß empfangenen Eindruck in ihrer Heimath zur Geltung bringen möchten, mit einem Hoch auf das Gedeihen des hier geschaffenen Allgemeinen Metallarbeiter-Verbandes den Congreß.

Der auf diesem Congreß geschaffene Metallarbeiter-Verband bedingt ein einheitliches Vorgehen sämtlicher Agitatoren, mögen sie nun der einen oder andern Richtung angehören, ja er zwingt sie, anstatt feindselig einander gegenüber zu stehen, in Zukunft mit Hingebung der politischen Parteiunterschiede sich gegenseitig zu unterstützen. Möge der Congreß ferner die Möglichkeit der Vereinigung der noch getrennten Arbeiterfraktionen abgeben, die um so notwendiger ist, als von Seiten der Regierungen und der Arbeitgeber alles Mögliche geschieht, jede freie Bewegung zu unterdrücken.

Bezüglich weiterer Auskünfte wende man sich an den derzeitigen ersten Vorsitzenden Albert Bähle, Berlin, Dresdenerstr. 5, 4 Tr.; auch der Unterzeichnete erklärt sich dazu bereit.
Chemnitz im April 1874. Richard C. J. Wolf, Poststr. 34, part.

Briefkasten

der Redaktion. A. Kirsch Hannover (Lüden): Das Arbeiterblatt in Prag heißt „Delnické Listy“. Sie abonniren auf dasselbe am Besten auf der Post. — G. J. J. J. Die gewünschten Blätter werden zum Congreß gesandt werden. — Lederarbeiter-Gewerkschaft Jülich: Ihre Erwiderung erscheint in nächster Nummer.

der Expedition. Frau Wächterburg: Ann. 14 Gr. Schwan hier: 1. Da. Gr. 17 S. Vdr hier: 1. Da. Gr. 17 S. Wdr hier: 2. Da. Gr. 17 S. Tdy hier: Ab. April 6 Gr. Eßgen u. Schmidt: Ab. April 12 Gr. Arb.-Bild.-Verein hier: Ann. 4 Gr. Rkr. Kadnitz: Ann.

10 Gr. Rjt. Ueinen: Schr. 15 Gr. Rmr. Wiesbaden. Ab. April 1874. 4 2 8. Arb.-Ber. Runkirchen: 2. Da. Tdr. 1 21. Frzg hier: Ann. 10 Gr. Rimm & Co. München: Schr. Tdr. 7 10. F. Eibehrn Eßlingen: Ab. April 1874. 10 8 5. Tdr. Cottbus: Schr. 15 Gr. Ddr. Düsseldorf: Ann. 5 Gr. D. hier: Schr. Tdr. 1 4. Sdbst hier: Ab. 2. Da. Gr. 17 S. A. G. Hamburg: Schr. Tdr. 4 10. Hcm. Drg. München-Obb.: Schr. 10 Gr. Arb.-Partei Wiesbaden: Ann. 3 Gr. Tdr. hier: Ab. 3 Tdr. Arb.-Bild.-Ber. hier: Ann. Tdr. 1 26. R. B. Ruhla: Schr. Tdr. 1 11. — E. M. Jittau: Dine Mitteilung Ihrer Adresse resp. Namens können wir an Sie Schriften nicht senden. P. Schmidt Neustadt (Bayern): Bitten um nähere Bezeichnung des Ortes, da es viele Neustadt in Bayern giebt.

Fond f. pol. Gemahrgelde.

Bon f. Nr. 3 hier 1 Tdr.

Genossenschaftsbuchdruckerei.

Anteilscheine bz. Antheilsgattungen ertheilen ferner: In Magda. A. A. Sch. Tdr. 1, in Stötteritz E. P. 1, in Hohenstein J. S. 1, G. M. 1, E. P. 1, in Eßlingen J. S. 1.

Berlin

Metallarbeiter-Gewerkschaft. Sonnabend, den 2. Mai, Abends halb 9 Uhr: Mitgliederversammlung bei Rade, Augustenstr. 80. Rassen- und Kreisbericht. — Anträge zur Generalversammlung. — Wahl eines Delegirten. Das Erscheinen aller ist Pflicht. Der Bev.

Berlin

Gewerkschaft der Holzarbeiter. Sonnabend, den 2. Mai, Abends 8 Uhr: Versammlung bei Gettel, Andreasstr. 26. Vortrag des Hrn. Brauchmüller über Productiv-Assoziationen und Staats-Credit. Der Bev.

Berlin

Sozial-demokratische Arbeiterpartei. Sonntag, den 3. Mai, Vormittags 10 Uhr: Geschlossene Mitglieder-Versammlung Prinzenstraße 72 bei Carrins. Rassenbericht. Agitation. Vertrieb des „Volkstaat“. Verschiedenes. Ich bitte um zahlreiche Theilnahme. Karte legitimirt. A. Heinsch, Vertrauensmann.

Berlin

Ich fordere hiermit alle Reßanten, die von mir Schriften entnommen haben, auf, den Betrag sobald wie möglich mir zu restituiren; ebenso diejenigen, welche noch mit ihrem Abonnementbeitrag des „Volkstaat“ im Rückstande sind. Es ist mir sonst nicht möglich, meine Pflichten bei der Expedition zu erfüllen. A. Trautmann, Angelafer 6b, III.

Berlin

Berein der Sattler und Berufsgeoffenen. Sonnabend den 2. Mai, Abends halb 9 Uhr: Geschlossene Mitgliederversammlung bei Carrins, Prinzenstraße 72. — Wichtige Angelegenheiten. Henke, Vertrauensmann.

Bremen

Sozial-demokratische Arbeiterpartei. Sonntag, den 3. Mai 1874: Aneßung. Versammlungsort beim Stadttheater, früh 8 Uhr. Freunde und Parteigenossen werden um zahlreiche Theilnahme ersucht. Das Comité.

Breslau

Arbeiterverein „Gefellige“. Sonntag, den 3. Mai, Abends von 6 Uhr ab: Gesellschaftliche Zusammenkunft mit Damen im Saale des Hotels „zur Rose“, Grünebaumstraße, 1 Treppe links. Zu zahlreicher Theilnahme von Mitgliedern und Gästen ladet ein Der Vorstand.

Düsseldorf

Die Partei- und Genossenschaftsmitglieder werden ersucht, sich am Sonntag den 3. Mai, Abends 8 Uhr, zu einer freien Besprechung bei Herrn S. Raaben, Karzeckstr. 5 („Zum Kladderadatsch“) einzufinden. J. A. B. Wenzler.

Eisenach

Im Laufe des Monats Juli beabsichtigen die hiesigen Parteigenossen ein

Großes Arbeiter-Verbrüderungsfest

bestehend in Festzug, Concert, Festrrede, bellaratorischen Vorträgen und Ball, zu feiern, wozu Partei- und Genossenschaftsmitglieder von fern und nah schon jetzt eingeladen sind. J. A.: Fr. Giffey, Borf.

Gohlis

Arbeiterverein. Montag, den 4. Mai, Abends halb 9 Uhr: Versammlung im „Biertunnel“.

Hamburg

Verband der Klempner und verwandten Berufs-Genossen. Sonnabend, den 2. Mai: Geschlossene Mitgliederversammlung bei Herrn Eckardt, Schoppensteil 22. — Tagesordnung: 1) Rechnung; 2) Anträge zur Generalversammlung. L. Stoffel, Vor.

Hildesheim

Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Sonntag, den 3. Mai, Abends 8 Uhr: Geschlossene Mitgliederversammlung im Lokale des Herrn Exone, früher Ltaof, Langerbagen. Tagesordnung: 1) Sozialpolitischer Wochenbericht; 2) innere Parteiangelegenheiten. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. Die Karten müssen vorgezeigt werden. Der Vertrauensmann.

Leipzig

Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Freitag, den 1. Mai, Abends halb 9 Uhr: Öffentliche Sitzung. Tagesordnung: 1) Soz. u. pol. Wochenbericht. Referent: Kammer; 2) Die Agitation im 13. Wahlkreis. Referent: Bloß. D. A.

Rowaweg

Generalschaft der Kaufmannsarbeiter. Sonnabend, den 2. Mai, Abends 8 Uhr: Versammlung im Saale des Herrn Schwarze. — Vortrag von B. Reibhorn. Alle Mitglieder werden gebeten, Freunde und Bekannte einzuladen. F. Staudenrad.

Allen meinen Freunden und Bekannten bei meiner Abreise von Hamburg ein herzliches Lebewohl. Hamburg, den 27. April 1874. Hugo Hempe.

Einige Schuhmachergesellen

haben dauernde Beschäftigung bei Friedrich Schellenberg in Schmiedel bei Altenburg.

Arbeits-Hosen.

Aecht Englische Lederhosen à Stück 1 Thlr. 15 Sgr.
Cord-Hosen à Stück 1 Thlr. 15 Sgr.
Starke Stoff-Hosen à Stück 2 Thlr. 15 Sgr.
Militär-Drillhosen à Stück 1 Thlr.
Baumwollene feste Arbeitshosen à Stück 27 1/2 Sgr. empfehl.

Louis Guttman

J. N. No. 24 Grimmische Strasse in Leipzig No. 24.

Soeben ist erschienen und durch die Unterzeichnete zu beziehen: **Allerhand Proletarier.** Eine Hausgeschichte von A. Otto-Walster. (Separatdruck aus dem „Volkstaat“-Erzähler.) Preis brosch. 5 Sgr., gebunden 7 1/2 Sgr. Exposition des „Volkstaat“.

Leipzig: Verantw. Redakteur: R. Preißer. (Redaktion u. Expedition Johannestr. 44.) Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.